

Das Kartell der Heuchler

Die Berliner CDU befindet sich gemeinsam mit Friedbert Pflüger weiter auf dem Vormarsch. Mit einer überwältigenden Mehrheit von 97,5 Prozent wählte ihn die Partei am 31. März zu ihrem Spitzenkandidaten. Auch laut einer aktuellen Emnid-Umfrage erfreut sich Pflüger in der Bevölkerung steigender Beliebtheit. Warum? Weil er in vielen Reden und Gesprächen deutlich macht, dass er an Berlin glaubt. Und weil er die Sorgen der

weil er von einem zutiefst kleinkarierten und provinziellen Denken zeugt. Berlin, das ist Weltoffenheit und Kiezverbundenheit zugleich. Hier verbindet sich Neues mit Altem. Es gibt viele, die sich nach 1990 in Berlin niedergelassen haben und nun das Leben in der Stadt bereichern: Studenten, Künstler, Unternehmer. Berlin, das sind genauso die rund eine Million Neuberliner wie auch die Alteingesessenen im Ost- und Westteil der Stadt. Zusammen ergeben sie



Henkel redet Klartext

Berlinerinnen und Berliner Ernst nimmt. Wir erleben in diesen Tagen, wie sich das politische Klima in Berlin wandelt. Die Berliner CDU hat sich aus ihrem zwischenzeitlichen Umfragetief befreit und in den vergangenen vier Monaten fünf Prozentpunkte zugelegt. Die Sozialdemokraten hingegen verlieren dramatisch an Zustimmung. Der scheinbar sichere SPD-Vorsprung von 20 Prozentpunkten im November 2005 ist auf magere neun Prozentpunkte zusammengeschmolzen. Die Nervosität, die sich bei den Funktionären und Wahlkämpfern der Sozialdemokraten angesichts der drastischen Verluste breit macht, lässt sich förmlich mit den Händen greifen. Deshalb schrecken die Genossen auch vor hässlichen Mitteln nicht zurück. Der SPD-Landesvorsitzende Müller versuchte unlängst, den CDU-Spitzenkandidaten zu diffamieren, indem er ihn abfällig als „diesen Herrn aus Hannover“ bezeichnete. Doch dieser Versuch der Stigmatisierung wird nicht von Erfolg gekrönt sein,

sammen ergeben sie eine kreative, pulsierende Mischung, die Berlin erst aufregend und interessant macht. Dieses großartige Potential unserer Stadt zu beleidigen, halte ich für einen schweren Fehler. Vielleicht haben die Sozialdemokraten die Entwicklung in den letzten Jahren aber auch wie

so vieles einfach verschlafen. Denn wir wissen ja schon aus der Vergangenheit, wie lange die SPD braucht, um den gesellschaftlichen Realitäten ins Auge zu sehen, vor allem im Bereich der Bildungs- und Integrationspolitik. Die dramatischen Zustände an der Rütli-Hauptschule verdeutlichen dies. In dieser Debatte stehen die Berlinerinnen und Berliner jedoch einem politischen Kartell der Heuchler gegenüber. Jahrelang hat die SPD Multikulti gepredigt, nun spricht der Neuköllner SPD-Bürgermeister Buschkowsky vom multikulturellen Scheitern in seinem Bezirk. Noch Ende der 90er Jahre hat Schulsenator Böger die Forderung der CDU nach verpflichtenden Deutschkursen als ‚Deutschtümelei‘ verunglimpft. Das einzig Aufrichtige, was der Schulsenator in diesem Zusammenhang von sich gegeben hat, ist die Aussage, dass er, dass der rot-rote Senat die Verantwortung für die Zustände an der Rütli-Hauptschule trage. Dieser Verantwortung wird sich auch die SPD am 17. September stellen müssen.

SPD-Verkehrspolitik = Sackgassenpolitik



Ingo Schmitt

Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Ingo Schmitt, weist auf die verheerende

verkehrspolitische Bilanz des rot-roten Senats hin. Zwar schmücken sich der Regierende Bürgermeister und die Verkehrsministerin derzeit bei der Einweihung

von verkehrlichen Großprojekten damit, was sie alles vorangebracht hätten; die Wirklichkeit sieht jedoch ganz anders aus. „Kein einziges eigenes Projekt hat diese Landesregierung auf den Weg gebracht. Weder war sie in der Lage, endlich die Französische Straße - es fehlen nur wenige hundert Meter - zu Ende zu bauen, noch eine vernünftige Anbindung des zukünftigen

Hauptbahnhofes durch U-, S- und Straßenbahn sicherzustellen“, sagte Schmitt. Sackgassen aller Orten. Angesprochen auf den Baubeginn des Flughafens Berlin-Brandenburg-International sowie auf die Inbetriebnahme des Lehrter Bahnhofs

erklärte der heutige Bundestagsabgeordnete und Verkehrsexperte der Berliner CDU: „Ob es um BBI, den neuen Hauptbahnhof oder den jetzt erst eröffneten Tiergarten-Tunnel geht - dies alles sind verkehrspolitische Vorhaben, die noch vom Diepjen-Senat beschlossen wurden. Ich war in meiner damaligen Funktion als Staatssekretär für Verkehr und Bauen

mer ein ständiges Ringen mit der SPD voraus - und so manches Zugeständnis, was die CDU machen musste. Der Tiergartentunnel durfte nur als Stadtstraße und nicht als Stadtautobahn gebaut werden. Die Folge war, dass die Finanzierung weitgehend von Berlin getragen werden musste. Bei dem Aufbau einer leistungsfähigen Eisenbahnstruktur wurde lange



an einem Großteil der Planungen persönlich beteiligt und kann daher heute noch ein Lied singen vom täglichen Kleinkrieg mit den Sozialdemokraten.“ Die Umsetzung der vorgenannten Verkehrsprojekte setzte in der Großen Koalition im-

über das Pilzkonzept, so wie es letztlich verwirklicht wurde, gestritten. Ebenso problematisch war es beim Großflughafen. Die Sozialdemokraten wollten nicht Schönefeld sondern „jwd“, also etwa Sperenberg oder Jüterburg.

Union kündigt Kombilohn-Modell an



Ronald Pofalla

CDU/CSU wollen bereits im Mai ein Kombilohn-Modell vorlegen. Ziel sei es, die eine Mil-

lion Arbeitslosen unter 25 Jahren und den über 50-jährigen Langzeitarbeitslosen wieder eine „echte Perspektive“ zu eröffnen, so der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla, in der „Wirtschaftswoche“.

Darüber hinaus werde die Union weitere Maßnahmen anstoßen, um für mehr Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Pofalla: „Wir führen die zweijähri-

ge Probezeit bei Neueinstellungen ein, was auch gerade von den mittelständischen Arbeitgebern gewünscht war. Die Personal-Service-Agenturen sind bereits massiv eingeschränkt worden. Die ICH-AGs in ihrer jetzigen Form werden zur Jahresmitte abgeschafft.“ Pofalla weiter: „Wir haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben, sämtliche arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Bundesagentur für Arbeit zu überprüfen und das zu streichen, was nicht funktioniert. Und es wird der Kombilohn kommen. Wenn wir das alles in diesem Sommer erreichen, haben wir ein ambitioniertes

Programm bewerkstelligt. Wenn sich dann zeigen sollte, dass dies nicht ausreicht, um die Arbeitslosigkeit zu senken, werden wir mit der SPD über weitere Maßnahmen sprechen.“ Der CDU-Politiker warnte jedoch, die Debatte um Arbeitsmarktreformen zu überstürzt zu führen: „Wenn wir dauernd nur über neue Maßnahmen reden würden, bevor wir die bereits beschlossenen Maßnahmen überhaupt umgesetzt haben, würden wir die Menschen überfordern und Vertrauen aufs Spiel setzen. Das Arbeitsprogramm der großen Koalition ist bereits enorm.“